

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
KULTUR, BILDUNG UND
SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
05. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
25.08.2015

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 25.08.2015

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 17:10 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Ortsbesichtigung des Carolus-Magnus-Gymnasiums: Aussprache
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.05.2015
3. Vorstellung des Entwurfs der 5. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (SEP) der Stadt Übach-Palenberg
4. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten
5. Senioren- und Behindertenbeirat
- 5.1. Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
- 5.2. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates
6. Erweiterungen zur Tagesordnung
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Anfrage

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1. Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates
hier: Zusatzinformationen Bewerber

9. Erweiterungen zur Tagesordnung

Anfrage

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD
Herr Josef Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Thomas Gottschalk	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD
Herr Oliver Walther	CDU
Herr Artur Wörthmann	CDU

als Vertreter für
Stadtverordneten Lux

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Heinrich-Josef Frings	UWG
Herr Lars Kohnen	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD

als persönlicher Vertreter für
Stadtverordneten Streichert

Frau Marion Wissing B'90/Die Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Monika Lux	CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Schulleiterin Ruth Blazic
Herr Schulleiter Manfred Ehmig
Herr Schulleiter Stephan Gericke
Herr Schulleiter Hans Münstermann
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex
Frau Schulleiterin Elisabeth Schaffrath
Herr Gerd Schindler

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Stadtamtsrat Dieter Gudehus
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren
Herr Stadtinspektor Alexander Mainz
Frau Stadtamtfrau Maike Simunovic

Schriftführer

Herr Stadtinspektor Kevin Hermanns

Abwesende Stadtverordnete

Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt CDU

Abwesende sachkundige Einwohner

Frau Elina Schäfer Bündnis 90/ Die Grünen

Ortstermin im Carolus-Magnus-Gymnasium, Beginn 16.00 Uhr

Schulleiter Dr. Münstermann begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder und Verwaltungsbediensteten in der Bibliothek des Gymnasiums.

Lehrer Herr Heß berichtete über das Angebot der Schulbücherei und betonte das ehrenamtliche Engagement der Helferinnen und Helfer. Die Lehrerinnen Frau Bücker und Frau Schulte als Vertreterinnen der Fachschaft Französisch referierten über das Französischprofil des CMG, in welchem Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Schülerinnen und Schüler eine gewichtige Rolle spielen. Lehrerin Frau Kaltwasser stellte das breite Spektrum des Programms zur individuellen Förderung am CMG vor.

Schulleiter Dr. Münstermann betonte, dass allen Schülerinnen und Schülern am CMG sämtliche Bildungsangebote zugänglich gemacht werden, ohne dass dies an der Frage des Geldbeutels der Eltern oder der Herkunft scheitert.

Es folgte ein Umzug in die naturwissenschaftlichen Räume der Chemie.

Lehrer Herr Schlagenhof stellte die Arbeit der Schülerversammlung des CMG vor, durch welche die Schülerinnen und Schüler ihr Recht auf Partizipation in der Schule wahrnehmen. Diese spiegelte sich in der im bundesweiten Wettbewerb „Demokratisch handeln“ erworbenen Auszeichnung wider.

Schulleiter Dr. Münstermann würdigte die auszeichnende Arbeit der Schülerversammlung und deren Rolle im Schulumfeld. Anschließend erläuterte er nochmals, dass das CMG seinen Schülerinnen und Schülern jegliche Möglichkeiten zur Bildung und Partizipation eröffne, es aber in diesem Zusammenhang besonders von der Unterstützung der Politik abhängt. Er warb mit Hinweis auf die sanierungsbedürftigen naturwissenschaftlichen Räume der Chemie für Berücksichtigung des CMG im Rahmen der Haushaltsmittelbereitstellung und -freimachung durch Politik und Verwaltung. Er betonte, dass dies nicht als Vorwurf, sondern als Verständnishinweis auf nötige Investitionen im CMG angenommen werden solle.

Es folgte die Vorstellung und Begehung der neuen Schülertoilettenanlagen. Diese befinden sich in der Bauendphase.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs dankte stellvertretend für alle Anwesenden **Schulleiter Dr. Münstermann** für die Referate und Einblicke in das Carolus-Magnus-Gymnasium und beendete den Ortstermin um 16.50 Uhr.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs eröffnete die öffentliche Sitzung im großen Sitzungssaal des Rathauses um 17.10 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, Vertreter der Presse. Besonders begrüßte er die neue Schulleiterin der GGS Boscheln (Lindenschule) Frau Ruth Blazic sowie den neuen Schulleiter der Städtischen Realschule Herrn Stephan Gericke. Weiterhin begrüßte er die Herren Bieber und Steiner von der Arbeitsgemeinschaft Komplan aus Bochum.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung frist- und formgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Es lagen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Stadtverordneter J. Fröschen erklärte, dass er den **Stadtverordneten Lux** in der Sitzung vertrete.

Sachkundiger Bürger Krawanja erklärte, dass er den **Stadtverordneten Streichert** in der Sitzung vertrete.

Stadtverordnete Fürkötter erläuterte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Sachkundige Bürgerin Wissing kündigte an, am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Ortsbesichtigung des Carolus-Magnus-Gymnasiums: Aussprache**

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs dankte stellvertretend **Schulleiter Dr. Münstermann** für den Besuch des Ausschusses im Carolus-Magnus-Gymnasium, für seine Ausführungen sowie die Referate des Lehrpersonals.

Sachkundiger Einwohner Gerschel schloss sich dem Dank an und ließ verlauten, dass alles Mögliche versucht werden solle, um das Carolus-Magnus-Gymnasium finanziell zu unterstützen.

2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.05.2015**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 27.05.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 **Vorstellung des Entwurfs der 5. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (SEP) der Stadt Übach-Palenberg**

Die **Herren Bieber und Steiner von der Arbeitsgemeinschaft Komplan** stellten den Entwurf der 5. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans (SEP) der Stadt Übach-Palenberg in einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Herr Steiner merkte noch an, dass in der vorliegenden Entwurfsfassung der Fortschreibung des SEP (Bearbeitungsstand 02.07.2015, letzte Ergänzung 05.08.2015) auf Seite 26 unter Punkt 4.5 „Katholische Grundschule Übach“ die erste Textpassage irrtümlich doppelt auftauche, dies jedoch korrigiert werde.

Stadtverordnete Fürkötter bedankte sich für die Erläuterungen und fragte, ob Stellungnahmen der Schulen zum Entwurf der Fortschreibung des SEP gemäß Punkt 8.1 bereits vorliegen.

Herr Steiner erläuterte, dass es sich bei der vorliegenden Fortschreibung des SEP lediglich um einen Entwurf handle. Dieser solle zunächst der Politik zur Beratung gegeben werden. Die Stellungnahmen der Schulen sollen danach eingeholt werden, um eventuellen Nachbesprechungsbedarf zu klären.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz wies darauf hin, dass den Schulen der Entwurf der Fortschreibung des SEP zugesandt worden sei.

Schulleiter Ehmig bestätigte, den Entwurf der Fortschreibung des SEP erhalten zu haben. Er bemängelte, dass zu dieser Sitzung schon eine Beschlussempfehlung vorliege. Seitens der Politik und Verwaltung müsse zunächst Beratungszeit für die schulischen Gremien eingeräumt werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs empfahl, vor der Zustimmung erst die Stellungnahmen der Schulen einzuholen.

Stadtverordneter Walther schlug vor, den Tagesordnungspunkt daher zurückzustellen.

Schulleiter Ehmig ergänzte, dass es die Wertschätzung der Schulen seitens Politik und Verwaltung widerspiegeln würde, wenn die Schulen nach internen Beratungen ihre Empfehlungen in die Fortschreibung des SEP miteinfließen lassen könnten.

Schulleiter Dr. Münstermann pflichtete den Ausführungen von **Schulleiter Ehmig** bei und wies diesbezüglich auf die Flüchtlingssituation hin, die auch die Schulen betreffe. Es habe niemand voraussehen können, welche Pflichten und Verantwortung auf die Schulen durch die Aufnahme schulpflichtiger Flüchtlinge zukommen würden. Die Umstände sollen auch Eingang in die Fortschreibung des SEP finden.

Stadtverordnete Fürkötter empfahl die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes bis die Stellungnahmen der Schulen eingeholt worden sind.

Sachkundige Bürgerin Wissing schloss sich der Empfehlung zur Zurückstellung an.

Herr Steiner wies darauf hin, dass das Verfahren dennoch richtig sei, dass die Politik an die Schulen mit dem Entwurf herantrete.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass es keinesfalls die Intention des Bürgermeisters und der Verwaltung sei, die Schulen im Rahmen der Fortschreibung des SEP zu übergehen. Die Wertschätzung der Stellungnahmen der Schulen werde in jedem Fall gewährleistet.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz wies darauf hin, dass die Fortschreibung des SEP ja noch nicht endgültig beschlossen werde. Die Beschlussempfehlung in der Sitzungsvorlage des Ausschusses spreche lediglich von einer Zustimmung.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs plädierte dafür, der Beschlussempfehlung nicht zuzustimmen, da aufgrund der in der Präsentation angesprochenen Entwicklungen erst die Stellungnahmen der Schulen vorliegen und gesichtet werden müssen.

Stadtverordneter Walther schlug vor, den Tagesordnungspunkt bis zur Einholung der Stellungnahmen der Schulen zurückzustellen anstatt der Beschlussempfehlung nicht zuzustimmen. Der Entwurf der Fortschreibung müsse durch die politischen Gremien zur Veröffentlichung freigegeben werden.

Herr Steiner äußerte, dass der Schulausschuss lediglich die Beschlussempfehlung vorgebe, dann würden die Stellungnahmen der Schulen eingeholt bevor eine abschließende Beschlussfassung durch den Rat erfolge.

Jurist Claßen erklärte, dass eine Zustimmung gemäß der Beschlussempfehlung durch den Ausschuss nach außen hin ein klares Signal für die Öffentlichkeit darstellen würde.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs verwies nochmals auf die Wichtigkeit der Stellungnahmen der Schulen in dieser Sache.

Sachkundiger Einwohner Gerschel erklärte, dass eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes für ihn keinen Sinn ergebe. Aufgrund möglicher Änderungen im Entwurf der Fortschreibung infolge der Stellungnahmen der Schulen könne man nur nicht zustimmen.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz empfahl der Beschlussempfehlung zu folgen und begründete dies beispielsweise damit, dass Plansicherheit bei der Beschaffung von Containerlösungen für Flüchtlinge und damit auch für schulpflichtige Flüchtlinge bestehen müsse.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs fragte, was dies mit der Fortschreibung des SEP zu tun habe. Er wiederholte ausdrücklich, die Stellungnahmen der Schulen einzuholen.

Sachkundiger Einwohner Gerschel fragte, warum die Fortschreibung des SEP gegen die Pläne einer Gesamtschule in Baesweiler plädiere, obwohl Bürgermeister und Verwaltung nichts dagegen einzuwenden hätten.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte diesbezüglich, dass Bürgermeister und Verwaltung nichts gegen Schulentwicklungen in Nachbarstädten hätten, die den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprächen und die Existenz der Schullandschaft in Übach-Palenberg nicht gefährden.

Stadtverordneter Walther empfahl erneut, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen bis die Stellungnahmen der Schulen eingeholt worden sind. Die Folge der Beschlussempfehlung würde zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn ergeben.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Einholung der Stellungnahmen der Schulen zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte nach der Abstimmung, dass die Entwicklungen im Schulumfeld dynamisch seien und nun eine enge Konversation mit den Schulen geführt werden müsse.

Schulleiter Dr. Münstermann ergänzte, dass die Zahl der schulpflichtigen Flüchtlinge massiv ansteigen werden. Es sei vielleicht mit zwei bis drei neuen Klassen zu rechnen. Selbstverständlich sei es eine Ehre, die Flüchtlinge zu beschulen. Die Entwicklung der Anzahl sei dennoch schwer vorhersehbar.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs stellte fest, dass nun die inhaltliche Diskussion zurückgestellt sei und dankte den Herren Bieber und Steiner (Komplan) für deren Ausführungen und Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans.

4 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten

Stadtverordnete Fürkötter fragte, woraus die veranschlagten Kosten der Maßnahme in Höhe von 19.000,- Euro resultieren.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass dieser Betrag aktuell für 16 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Wohnortprinzips kalkuliert sei. Der Betrag könne sich bei Änderung der Schülerzahl dementsprechend erhöhen bzw. verringern.

Sachkundiger Einwohner Gerschel erläuterte, dass dies einen Pro-Kopf-Betrag von über 1.000,- Euro bedeute.

Bürgermeister Jungnitsch bejahte dies und wies darauf hin, dass im Vergleich dazu insgesamt ca. 800.000,- Euro/Jahr für Schülerfahrtkosten angesetzt seien.

Stadtverordneter Walther erklärte, dass der Pro-Kopf-Betrag in Ordnung sei, und plädierte für eine Zustimmung gemäß der Beschlussempfehlung.

Stadtverordneter Bildhauer merkte an, dass sich alle Hauptverwaltungsbeamten für die vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung ausgesprochen haben. Er fragte, was passiere, wenn eine beteiligte Kommune den Entwurf doch nicht unterzeichnen würde.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass dies wohl ausgeschlossen werden könne, da die vereinbarten Regelungen abgestimmt wurden und ein Einvernehmen unter den Bürgermeistern erzielt wurde.

Beschlussempfehlung:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Regelung der Schülerfahrtkosten bei besonderen Schulangeboten wird zugestimmt (die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5 Senioren- und Behindertenbeirat

5.1 Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter Walther schlug eine Ergänzung in § 5 Abs. 1 Satz 1 der Satzung vor. Der Beirat solle aus seiner Mitte neben der/dem Vorsitzenden und zwei Stellvertreter/innen auch eine/n Schriftführer/in wählen. Er begründete dies dadurch, dass damals schon der Schriftführer gleichzeitig Mitglied des Beirates war.

Stadtverordneter Wörthmann ergänzte, dass ein Schriftführer eine wichtige Rolle im Beirat innehave und dieser zwingend vorgehalten werden müsse.

Sachkundiger Einwohner Gerschel bemängelte, dass die aktuelle Fassung der Satzung nicht in den Sitzungsunterlagen zu finden sei. Ihm liege nur der Vorschlag der 2. Änderungssatzung vor. Ein Schriftführer brauche jedoch nicht extra aus der Mitte des Beirates gewählt werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs merkte an, dass es hinsichtlich der Schriftführung im Senioren- und Behindertenbeirats in der Vergangenheit an Kontinuität gefehlt habe.

Stadtverordnete Fürkötter schlug vor, dass die Verwaltung die Schriftführertätigkeit im Beirat übernehmen solle.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass die Schriftführertätigkeit durch die Verwaltung aufgrund der derzeitigen Personalsituation nicht übernommen werden kön-

ne. Er plädiere zudem für den Vorschlag des **Stadtverordneten Walther**.

Stadtverordneter Wörthmann ergänzte, dass die Schriftführertätigkeit sehr wohl wie auch in der Vergangenheit durch den Beirat getragen werden könne. Es seien immer Protokolle des Beirates erstellt und auch erhalten worden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs erklärte, dass dem Senioren- und Behindertenbeirat die Funktion zukomme, der Politik und Verwaltung Anregungen und Beratung zu geben. Ihm komme also eine Lobbyfunktion zu. Weiterhin führte er aus, dass eine Schriftführung aus der Mitte des Beirates ein Ehrenamt bedeute. Dies bringe durchaus Entlastung für die Verwaltung. Andererseits würde es zur Kontinuität des Beirates beitragen, wenn aus Reihen der Verwaltung ein Schriftführer gestellt werde.

Stadtverordneter Walther fragte, für welche Variante er sich nun ausspreche.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs plädierte für den Vorschlag, eine Schriftführerin bzw. einen Schriftführer für den Beirat aus den Reihen der Verwaltung zu stellen.

Sachkundiger Einwohner Gerschel erklärte, dass der Beirat in seiner alten Führungsform nicht weiter funktioniere. Die Verwaltung solle hier unterstützen.

Stadtverordneter J. Fröschen merkte an, dass die Tätigkeit des Schriftführers nicht durch die Verwaltung, sondern durch einen Ehrenamtler wahrgenommen werden solle. Er bitte um Abstimmung für den Vorschlag des **Stadtverordneten Walther**.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs ließ über den Antrag des Stadtverordneten Walther abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Satzung zur 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg erhält unter Artikel 1 folgende Ergänzung:

„§ 5 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende neue Fassung: Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und zwei StellvertreterInnen sowie eine/einen Schriftführer/in.“

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

Der Antrag des Stadtverordneten Walther wurde somit angenommen.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs kam nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung, welche die Ergänzung gemäß des o. g. Antrages beinhaltet.

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte Satzung zur 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg wird mit folgender Ergänzung in Artikel 1 beschlossen: „§ 5 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende neue Fassung: Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und zwei StellvertreterInnen sowie eine/einen Schriftführer.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

5.2 Einberufung des Senioren- und Behindertenbeirates

Stadtverordneter Walther erklärte, dass die CDU-Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmen werde. Man müsse froh und dankbar über jeden Ehrenamtler im Beirat sein.

Beschlussempfehlung:

Unter der Voraussetzung, dass die 2. Änderung der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat beschlossen wird, werden gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat vom Rat der Stadt Übach-Palenberg für die Dauer der Kommunalwahlperiode 2014-2020 die nachfolgenden Personen berufen:

Heinrich-Josef Frings
Monika Lux
Jonny Bilak
Gerd Schindler
Nicole Abels-Schell
Ruth Müller
Hans Ohle
Andreas Poeschkens
Heinz-Dieter Massing
Ingrid Massing-Barth
Udo Maaß
Hans Krupp
Dieter Meyer-Thurn
Ute Schaffer
Gerhard Schaffer
Matthias Heiligers
Regina Buckenhofer
Wilhelm Bergstein
Arnd Hansen
Norma Kuhlmeiy
Claudia Burghardt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung.

6 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

7 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Berichte und Mitteilungen der Verwaltung vor.

Anfrage

Anfrage von Stadtverordneter Fürkötter (SPD-Fraktion) zum Ende der öffentlichen Sitzung:

Stadtverordnete Fürkötter bat um eine Sachstandsmitteilung zur Asyl- und Flüchtlingssituation in der Stadt Übach-Palenberg und um Auskunft wie Politik und Öffentlichkeit fortlaufend über die Situation in Kenntnis gesetzt werden.

Sachkundiger Einwohner Gerschel merkte dazu an, dass es wichtig sei, dass die Politik über die Entwicklungen Bescheid wissen müsse. Er schlug vor, dass im Turnus von zwei Monaten ein Bericht erstattet werden solle. Um eine transparente Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, solle man auch berichten, welche Aufgaben in der Flüchtlingshilfe anfallen. Ehrenamtliche Helfer und Institutionen seien besonders zu nennen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte zunächst, dass allen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern in der Flüchtlingshilfe großer Dank gelte und dass ihr Engagement stets zu würdigen sei. Er wies darauf hin, dass bei einer detaillierten Berichterstattung die Gefahr bestehe, manche ehrenamtliche Kräfte und Institutionen mehr zu würdigen als andere und dass es aufgrund dessen zu einer Übervorteilung dieser in der Öffentlichkeit kommen könne. Weiterhin sei Übach-Palenberg bis dato frei und unbeschadet von rechtsradikalen bzw. fremdenfeindlichen Zwischenfällen geblieben. Es könne durchaus die Gefahr entstehen, dass die Stadt, ihre aufgenommenen Flüchtlinge und die Hilfsinstitutionen bei einer zu großen Öffentlichkeitsarbeit in der Flüchtlingshilfe ins rechtsradikale Visier genommen werden. Es gelte auch daher, eine gewisse Zurückhaltung zu wahren, um Schutz gewährleisten zu können. Er führte weiter aus, dass die Politik zurecht das Recht habe, über die Flüchtlingssituation in der Stadt umfassend informiert zu werden. Man solle jedoch sensibel über die Form der Berichterstattung nach außen diskutieren. Weiterhin werde der städtische Streetworker ab sofort verstärkt im Sachgebiet Flüchtlingswesen zur Unterstützung eingesetzt.

Er kündigte an, dass es in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales einen Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation in der Stadt Übach-Palenberg geben werde.

Sachkundiger Einwohner Gerschel wies darauf hin, dass alle möglichen Hilfsperspektiven in der Flüchtlingsproblematik berücksichtigt werden sollen.

Sachkundige Einwohnerin Lux merkte an, dass Infoberichte regelmäßig in der Tagespresse erscheinen. Dort werden auch Ansprechpartner und Möglichkeiten für Spenden genannt.

Sachkundiger Bürger Krawanja berichtete, dass das Personal für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten in den Sozialämtern der Kreise und Kommunen überall knapp sei. Dennoch müsse man Personal einstellen zur Entlastung, insbesondere dann, wenn Bedienstete aufgrund Krankheit und Urlaub längerfristig ausfallen sollten.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass die Stadt Übach-Palenberg immer noch pflichtige Teilnehmerin im Stärkungspakt sei und durch das Personalentwicklungskonzept an Stellenabbau gebunden sei. Grundsätzlich bedeute dies, dass damit eine Standardabsenkung bei den städtischen Leistungen einhergehe. Dagegen müssen interne Lösungen zur Prozessoptimierung gefunden werden. Weiterhin stehe das Land Nordrhein-Westfalen in der Pflicht den Städten und Gemeinden finanziell in der Flüchtlingshilfe unter die Arme zu greifen. Dann könne gerne auch über die Einstellung von Personal nachgedacht werden.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 18.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dr. Sascha Derichs
Ausschussvorsitzender

Kevin Hermanns
Schriftführer